

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonie-Anzeigenliste im Preisverzeichniß 10 20 (Familienanzeigen und Erlaubnisse) beträgt 1 50, auswärts 2 50, für die 90 mm breite Familienanzeigen 50, auswärts 1 00, für die 90 mm breite amtliche Colonie-Anzeigen 25, auswärts 50 Reichspfennig.
Verlags-Postamt: Leipzig Nr. 12224.
Gemeinde-Postamt: Taut., Erzgeb. Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Adolph., Neulößel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag G. M. Gärner, Aue, Erzgeb.

Verleger: Max 81 und 82, Adolph (Max 82) 443, Schneeberg 16, Schwarzenberg 2565, Dresden/Elb: Postfach 10000/10001.

Managen • Managen für die am Nachmittage erscheinende Nummer bis zum 12 Uhr in den Geschäftsstellen. Die Managen für die Nachmittage der Nummern am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmten Tagen wird nicht gegeben, auch nicht für die Nachmittage der durch Fernsprecher ausgesetzten Nummern. — Für Nachmittage unregelmäßig eingehende Beiträge übernimmt die Geschäftsleitung keine Verantwortung. — Nachdruckungen des Geschäftsvertrages begründen keine Ansprüche. Bei Sendungen von Anzeigen gelten die üblichen Preise. — Die Geschäftsstellen befinden sich in: Aue, Adolph., Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 283.

Dienstag, den 6. Dezember 1927.

80. Jahrg.

Am 1. dieses Monats wurde

Herr Bürgermeister Kammerrat Herrmann in Lauter

mitten aus einem arbeitsreichen Leben nach kurzem Leiden durch den Tod abberufen.

Ueber 25 Jahre hat der Verbliebene der Gemeinde Lauter als Gemeindevorstand vorgestanden. Seiner nie rastenden Arbeitskraft und seiner hohen Befähigung auf dem Gebiete der Verwaltung hat die Gemeinde Lauter ihren Aufschwung zu verdanken. Mit Hingebung widmete sich der Verbliebene auch der Förderung der Bezirksinteressen. Lange Jahre hindurch war er Mitglied des Bezirksausschusses und des Bezirkstages, viele Jahre hat er das Prinzess-Marien-Stift in Schwarzenberg geleitet. Seine vornehme Gesinnung, sein lautes Wesen und sein Verständnis für die Lage und die Bedürfnisse der Bevölkerung in Gemeinde und Bezirk ließen ihn immer den richtigen Weg finden.

Sein Andenken wird im Bezirk Schwarzenberg allezeit in hohen Ehren gehalten werden.

Amtshauptmann Dr. v. Schwartz,
zugleich im Namen des Bezirksausschusses
und des Bezirkstages.

Schwarzenberg, den 3. Dezember 1927.

In tiefster Trauer stehen auch die Amtskollegen
an dem frühen Grabe des

Herrn Bürgermeister Kammerrat Bruno Herrmann.

In treuer Liebe und Arbeitsgemeinschaft hat der Entschlafene über seine Gemeinde hinaus der Wohlfahrt der Gemeinden des Bezirks und des Landes in den unterzeichneten Vereinigungen, in mancherlei Ämtern und in Gemeinde-Verbänden unermüdet mit großer Sachkenntnis gedient. Seine dabei betätigte Kollektalität und Charakterfestigkeit waren vorbildlich. Er besaß darum wie selten einer Verehrung, Zuneigung und Ansehen; sein Wort galt und wurde gehört. Die, die mit ihm gleiche Last und Verantwortung, gleiche Freude und gleiches Leid an der Arbeit getragen haben, wissen, was er geleistet.

Sein Andenken wird in hohen Ehren in ihnen fortleben!

**Vereinigung der berufsm. Bürgermeister
im Bezirk der Amtsh. Schwarzenberg.**

**Vereinigung der berufsm. Gemeindevorstände
im Freistaat Sachsen.**

Die Maul- und Klauenfeuche unter dem Viehbestand des Gutbesizers Bernhard Gläser in Sofa Nr. 106 ist erloschen. Die angeordneten Sperrmaßnahmen werden aufgehoben. Unter dem Geflügel Paul Bergners in Jugel ist die Geflügel-Cholera ausgebrochen.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 3. Dez. 1927.

Dienstag, den 6. Dez. 1927, Vormittag 9 Uhr sollen in
Vernsbach 2 Handstangen weißbleichend gegen sofortige Verzäh-
lung verteidigt werden.

Sammelort der Dieter: Restaurant „Zur goldenen Höhe.“
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Verbands-Handels- und Gewerbeschule für Schwarzenberg und Umgegend.

Anmeldungen betr.

Die Anmeldungen für die Osteraufnahme werden Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 8 bis 12 Uhr und von 2 bis 4 Uhr im Geschäftslokal entgegen genommen. Es ist das letzte Schulzeugnis (Reifebuch) vorzulegen. Prospekte der Schule sind im Geschäftslokal erhältlich.

Der Besuch der Handels- und Gewerbeschule befreit vom Besuche der Fortbildungs-(Berufs-)Schule.
Schwarzenberg, den 3. Nov. 1927. Die Direktion.

Zur Wirtschaftslage.

Eine Rede Dr. Reinholds.

Dresden, 4. Dez. Reichsfinanzminister a. D. Dr. Reinhold hielt am Freitag vor dem Verband sächsischer Industrieller einen Vortrag über die Reparationsverpflichtungen. Er bemerkte, daß der passive Widerstand an der Ruhr durchaus ruhmreich gewesen und Deutschland Sieger gewesen wäre, weil die Weltmeinung in der Reparationsfrage sich dadurch grundlegend geändert hätte. Die Welt wäre zur Einsicht gekommen, daß nur Vernunft und wirtschaftliche Überlegenheit, aber nicht Gewalt zum Ziele führen könnten. Dr. Reinhold verneinte die Frage, ob wir die Reparationslasten auf die Dauer überhaupt tragen können, aber es könnten nur Tatsachen davon überzeugen, daß die deutsche Regierung nicht versagen werde. Freilich würde die Verwaltungsreform nur wenig direkte Ersparnisse abwerfen, aber in dem Aufstreben des Durcheinander- und Gegeneinanderregierens läge das Entscheidende. Er wies auf das groteske Beispiel hin, daß Preußen in Harburg einen Hafen für rund 100 Millionen zu bauen beginne, und zwar gegen Hamburg. Deutschland müßte in berechtigter Form dezentralisiert werden; ein „Wasserlopf Berlin“ wäre dabei unerträglich. Unsere Ausgabenwirtschaft müßte in eine starke Hand genommen und die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang gebracht werden. Die Partei müßte als die beste anerkannt werden, die die Steuern herabsetze. Es wäre ein Unsinn, Gesetze zu beschließen, die große Kosten verursachen, wie zum Beispiel das Reichsschulgesetz. Sozialpolitik wäre nur möglich durch die Rente, die die Wirtschaft abwölfe. Die deutsche Kreditfähigkeit im Ausland sei heute eine der wichtigsten Aufgaben; er warne eindringlich davor, diese Kreditfähigkeit zu zerstören. Namentlich wäre eine scharfe Kontrolle für die Anleihen nötig. Die Zeit würde kommen, wo der Tribut ohne Störung der deutschen und der Weltwirtschaft nicht mehr abgeführt werden könnte. Das wäre der Zeitpunkt für eine endgültige Weltkonferenz, deren Kennzeichen wirtschaftlicher Verständigungswille und Vernunft wäre. Deshalb wäre jetzt nur eine Politik absolutester Loyalität und Ehrlichkeit möglich.

Dr. Birth räumt von neuem.

Magdeburg, 4. Dez. Im Mittelpunkt der heutigen Reichsbannerkundgebung stand ein Referat Dr. Births, der scharfe Kritik an der Regierungskoalition übte und ausführte, wenn die von Marx und Köhler ausgeübten außen- und innenpolitischen Wechsell nicht eingeleitet werden könnten, so sollten die Genannten als erste aus dieser zwiespältigen Regierung mit hocherhobenem Haupt herausgehen, und je eher sie gingen, desto besser wäre es für das ganze deutsche Volk. Auch Scheidemann sprach in ähnlichem Sinne.

Spionierleiche im Elsaß.

Straßburg, 5. Dez. Nach einem den ganzen Tag dauernden Verhör wurde gegen den Geschäftsführer der „Wohlfahrt“, Karl Baumann, und den Vertrauensmann Horn von Dulach, Eugen Köhler, Anklage wegen Spionage erhoben. Man will wissen, daß die Inhaftierten mit dem Baron von Freyburg, der seinerzeit aus dem Elsaß flüchtete und sich in Freiburg i. Br. aufhält, Beziehungen unterhalten hätten. Baron von Dulach selbst ist in diese Affäre nicht verwickelt.

Die deutsche Schwerindustrie will am 1. Januar 1928 stilllegen.

Die deutsche Schwerindustrie hat dem Reichsarbeitsminister und den in Frage kommenden Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen mitgeteilt, daß sie am 1. Januar ihre Werke stilllegen werde. Als Gründe werden angeführt: das Verharren der Gewerkschaften auf der Forderung der Durchführung des schematischen Achtstundentages ab 1. Januar und Lohnhöhen. Was insbesondere den durch die Verordnung vom Juli 1927 angeordneten Achtstundentag betrifft, so hat sich die eisenverarbeitende und eisenverarbeitende Industrie mit ihm abgefunden, sie hat aber von vornherein erklärt, daß der damit verbundene Übergang zum Dreischichtensystem aus Gründen der Betriebstechnik und der Personalfragen in nur fünf Monaten nicht durchgeführt werden könne.

Die Schwerindustrie will durch die Stilllegungsanzeige die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich lenken. Sie nennt ihren Entschluß einen Akt der Notwehr und eine Maßregel, „die hoffentlich nur vorbeugend zu sein braucht“, d. h. sie rechnet mit einer gütlichen Einigung.

Kommt eine solche nicht zustande, so würde die Folge ein Kampf von großem Ausmaß und unabsehbaren Wirkungen auch in bezug auf die von der Großeisenindustrie abhängigen Industrien sein. Es ist daher im Interesse der deutschen Wirtschaft und des innerpolitischen Friedens zu wünschen, daß recht bald der Weg zu einem Ausgleich gefunden wird. Allerdings steht dabei erschwerend die enge Verbindung der Gewerkschaften mit linksgerichteten politischen Kreisen im Wege. Diese arbeiten mit allen Mitteln daran, die Regierung zu stützen, und benutzen nur zu gern die Gewerkschaften für ihre Ziele.

Die Stilllegungsanzeige.

Im Namen der Werke der deutschen Großeisenindustrie hat Ernst Voensgen an den Reichsarbeitsminister nachstehendes Schreiben gerichtet:

Ich halte es für meine Pflicht, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die Werke, welche Ihnen gemeinsam die Eingabe vom 26. Oktober 1927 überreicht haben, sich genötigt sehen, einen Schritt zu tun, der hoffentlich nur vorbeugend zu sein braucht, und den Sie gern vermeiden hätten.

Die Gewerkschaften bestehen nicht nur auf der strikten Durchführung der Verordnung vom 16. Juli bei vollem Lohnausgleich sowie einer ganz ungewöhnlich hohen allgemeinen Lohnerhöhung, sie verlangen vielmehr überdies noch vom 1. Januar 1928 die Einführung des schematischen Achtstundentages für die gesamte eisenverarbeitende und eisenverarbeitende Industrie.

Auf Grund dieser Sachlage sehen sich die Werke gezwungen, den zuständigen Regierungsstellen zum 3. Dezember die gemäß der Stilllegungsverordnung erforderliche Anzeige ausstellen zu lassen, um in der Lage zu sein, ihre Betriebe am 1. Januar 1928 stillzulegen. Dieser Entschluß ist ein Akt der wirtschaftlichen Notwehr, den wir in vollem Bewußtsein der großen auf uns ruhenden Verantwortung und in der Hoffnung unternehmen, durch ihn einen Arbeitskampf mit seiner schweren Schädigung für Staat und Wirtschaft zu vermeiden.

Den Führern der drei Gewerkschaftsrichtungen in Rheinland-Westfalen ist Abschrift dieses Schreibens an den Herrn Reichsarbeitsminister mit folgendem Anschreiben überreicht worden:

„Nachdem zu unserem Bedauern die Verhandlungen keinerlei Klärung über die gemeinsame Stellungnahme der drei Gewerkschaften und keinerlei Verminderung ihrer Forderungen gebracht hat, und nachdem gemäß den Ihnen von uns vorgelegten Verhandlungen auch in dem günstigsten Falle sich Belastungen für unsere Werke ergeben, die uns vor wirtschaftliche Unmöglichkeit stellen, haben wir uns zu einem Schritte entschließen müssen, über den Sie näheres aus dem in Abschrift beigesetzten Schreiben an den Herrn Reichsarbeitsminister vom heutigen Abend erfahren wollen.“

Noch kein Friede im Tabakgewerbe?

Leipzig, 4. Dez. Die Leipziger Tabakarbeiter lehnten den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums im Arbeitsstreik des Tabakgewerbes ab. Da der Streik von Leipzig seinen Ausgang nahm, dürfte dieser Entschluß grundlegende Bedeutung zukommen.

Zunahme der französischen Einfuhr nach Deutschland.

Paris, 4. Dez. Der Wert der in den ersten zehn Monaten dieses Jahres aus Deutschland nach Frankreich eingeführten Waren betrug 3 487 050 000 Franken gegen 3 890 668 000 Franken im Vorjahre. Der Wert der aus Frankreich nach Deutschland ausgeführten Waren belief sich auf 5 175 556 000 Franken gegenüber 3 381 496 000 Franken im Vorjahre.